

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Spranger, Dr. Dregger, Volmer, Dr. von Geldern, Dr. Laufs, Böhm (Melsungen), Boroffka, Dolata, Fellner, Gerlach (Obernau), Dr. Götz, Hinsken, Jäger (Wangen), Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Jobst, Kraus, Krey, Dr. Kunz (Weiden), Linsmeier, Lintner, Lorenz, Louven, Maaß, Magin, Dr. Miltner, Regenspurger, Dr. Riesenhuber, Dr. Rose, Schwarz, Dr. Waffenschmidt, Weiß, Werner, Zierer, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1527 —

Grenzüberschreitende Luftverunreinigungen aus DDR und CSSR

Der Bundesminister des Innern – U I 4 – 98/17 – hat mit Schreiben vom 13. April 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Ist der Bundesregierung die durch Vergleichsmessungen ermittelte Tatsache bekannt, daß das nordostbayerische Grenzgebiet durch aus der DDR und CSSR „importierte“ Schadstoffe zumindest bezüglich der Schwefeldioxidkonzentrationen zu den am stärksten belasteten Räumen Bayerns geworden ist, und daß selbst im industriellen Ballungsraum Ingolstadt – Kelheim, in dem vor allem Raffinerien und Kraftwerke angesiedelt sind, sowohl kurzzeitig als auch im Langzeitbereich deutlich niedrigere Schadstoffkonzentrationen auftreten?

Der Bundesregierung ist die Dokumentation des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz über die lufthygienische Lage im nordostbayerischen Grenzgebiet vom Februar dieses Jahres bekannt. Nach dieser Veröffentlichung treten zwei Arten von Luftverunreinigungen auf. Die Verursacher der als „Katzendreckgestank“ bezeichneten Geruchsbelästigung sind entsprechend der Dokumentation in der CSSR zu suchen, während die festgestellten Schwefeldioxidimmissionen hauptsächlich durch Emittenten aus der CSSR und der DDR hervorgerufen werden.

2. Seit wann und mit welchen konkreten Ergebnissen ist die Bundesregierung gegen das zu diesen Umweltbelastungen führende Verhalten der DDR vorgegangen?

Die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland haben seit Jahren Luftverunreinigungen aus der Papierfabrik Blankenstein, die zu akuten Schäden geführt haben, in der Grenzkommision zur Sprache gebracht und auf eine Reduzierung gedrängt. Nach Kenntnis der Bundesregierung sind Ende 1980 in den Schornstein der Papierfabrik Tropfenabscheider eingebracht worden, die zu einer Verbesserung der Immissionssituation geführt haben.

3. Ist die Bundesregierung bereit, auch der DDR gegenüber das Verursacherprinzip zur Geltung zu bringen, oder glaubt sie – wie Anfang März 1982 in der Presse wiedergegebene Äußerungen von Staatssekretär Bölling erkennen lassen – zum Abbau von der DDR verursachter Umweltbelastungen mit Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland nur durch hohe Geldzahlungen an die DDR beitragen zu können?

Die Bundesregierung bemüht sich weiterhin, die DDR zu veranlassen, von ihr verursachte Umweltbelastungen mit Auswirkungen auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Verursacherprinzips abzubauen. Die Durchsetzung des Verursacherprinzips ist im zwischenstaatlichen Bereich generell – nicht nur im Verhältnis zur DDR – jedoch nur begrenzt möglich. Fortschritte bei der Verminderung der Luftverunreinigung in Europa sind nur in zähen und geduldigen Anstrengungen aller Beteiligten zu erreichen. Dabei ist zu berücksichtigen,

- daß auch vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland grenzüberschreitende Umweltbelastungen ausgehen,
- daß die Anlagen, die diese Umweltbelastungen emittieren, nicht vom Bund, sondern von den Ländern genehmigt und überwacht werden,
- daß die vorherrschende Windrichtung von Westen nach Osten geht.

4. Ist die Bundesregierung bereit, die von ihr wiederholt festgestellte Unwilligkeit der DDR, über grenzüberschreitende Umweltbelastungen ernsthaft zu verhandeln, künftig stärker in einem Gesamtzusammenhang aller ihrer Gespräche mit der DDR zu stellen und sie insbesondere auch bei den Verhandlungen über die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen und die Verlängerung des der DDR gewährten zinslosen Überziehungskredits (Swing) zu berücksichtigen?

Fragen des grenzüberschreitenden Umweltschutzes sind seit längerer Zeit Gegenstand der Gespräche mit der DDR. Sie sind auch bei dem Treffen von Bundeskanzler Schmidt mit Generalsekretär Honecker am Werbellinsee mit Nachdruck angesprochen worden. Auch nach diesem Treffen hat die Bundesregierung ihr dringendes Interesse an der Lösung von Umweltproblemen bei der Regierung der DDR deutlich zur Geltung gebracht. Über grenzüber-

schreitende Gewässerverunreinigung werden bekanntlich seit September 1980 Expertengespräche geführt.

Die Bemühungen um eine Lösung der grenzüberschreitenden Umweltprobleme haben im Rahmen der Gespräche mit der DDR zum Ziel, durch Abbau von Umweltbelastungen zu einem Interessenausgleich zu gelangen.

5. Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Bundesrepublik Deutschland festgestellte Luftbelastungen auch auf Quellen in der CSSR zurückzuführen sind, und auf welche Weise ist sie mit welchen konkreten Ergebnissen bisher gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der CSSR vorgegangen?

Der Bundesregierung ist seit langem bekannt, daß die Quellen der Geruchsbelästigung für den Bereich Nordostoberfranken weitgehend in der CSSR zu suchen sind. Die Bundesregierung hat daher auf diplomatischem Wege immer wieder darauf gedrängt, mit der CSSR Fachgespräche aufzunehmen, um durch Sachverständige klären zu lassen, welche Quellen genau für die Geruchsbelästigung ursächlich sind und um zu einer baldigen Abhilfe zu kommen. Die beharrlichen Bemühungen der Bundesregierung haben kürzlich zur Einsetzung von Grenzbevollmächtigten geführt.

6. Ist die Bundesregierung bereit, Verhandlungen über die Verhinderung von Immissionsbelastungen aus der CSSR auch auf hochrangiger politischer und diplomatischer Ebene zu führen und diese Verhandlungen nicht nur als der Markierung des Grenzverlaufs vergleichbares Problem zu betrachten?

Die Bundesregierung hat auf sehr hoher Ebene das Problem bereits angesprochen.

Die Grenzbevollmächtigten haben am 4. März 1982 das erste Mal in Eger getagt. Die Probleme der Geruchsbelästigungen in Nordostoberfranken wurden angesprochen. Der tschechoslowakische Grenzbevollmächtigte hat zugesagt, sich mit Nachdruck bei den zuständigen tschechoslowakischen Ministerien für das baldige Zustandekommen von Gesprächen einzusetzen. Die deutsche Seite ist bereit, auf geeigneter Ebene unverzüglich in diese Gespräche einzutreten.

